Schule zu. Fragen offen.

Die Öffentlichkeit verdient klare Antworten.

Die Behörden halten an der Schulschliessung fest. Doch die damalige Kostenzahl stammt aus einem aufgegebenen Umbaukonzept, konkrete Fragen bleiben seit eineinhalb Jahren unbeantwortet und das Bundesgericht hat die Schliessungsgründe nicht inhaltlich geprüft. Gleichzeitig erklärt die Gemeinde entsorgtes Mobiliar für defekt, dessen guten Zustand uns Personen aus dem Schulbetrieb und Fotos bestätigen. Genau deshalb wollten wir die Medienmitteilung vor ihrer Veröffentlichung lesen. Diese Möglichkeit erhielten wir nicht.

Hintergrundinformationen zur Medienmitteilung vom 5. November 2026

Vorinformiert. Den Text durften wir nicht lesen.

Am 4. November luden Gemeindepräsident und Schulpräsident die IG zu einem Gespräch über die bevorstehende Medienmitteilung ein.

Wir baten mehrfach darum, den Text lesen zu können. Ein Mitglied fragte schliesslich, ob man ihn uns wenigstens vorlesen könne. Auch das geschah nicht. Der Gemeindepräsident erklärte, die Mitteilung stehe fest und werde von den Behörden allein verfasst. Gleichzeitig seien noch zwei Punkte zu besprechen.

Heute, 16 Stunden später liegt der Text vor und ist in den Medien verteilt. Er zeigt, weshalb wir ihn vor der Veröffentlichung besprechen wollten.

Bundesgerichtsurteil. Keine inhaltliche Prüfung der Schliessungsgründe.

Die Gemeinde Hinwil schreibt, das Bundesgericht habe den Rekurs gegen den Schliessungsentscheid abgewiesen. Die entscheidende Einschränkung bleibt unerwähnt.

Das Bundesgericht beurteilte ausschliesslich, ob der Bezirksrat zu Recht nicht auf den Rekurs eingetreten war. Es bestätigte dieses Nichteintreten, obwohl auf dem Beschluss vom 5. Dezember 2025 keine Rechtsmittelbelehrung war.
Die Investitionskosten, die Schülerzahlen und die pädagogischen Gründe für die Schliessung wurden in diesem Verfahren nicht inhaltlich überprüft. Das Urteil bestätigt deshalb diese Entscheidungsgrundlagen nicht.
Genau diesen Unterschied hätten wir vor der Veröffentlichung angesprochen.

Den Entscheid bestätigen heisst auch, seine Begründung zu verantworten.

Im Schliessungsbeschluss vom 5. Dezember 2024 wurden 720’000 Franken als Investitionsbedarf angeführt. Diese Kosten stammen aus einem pädagogischen Konzept, das die Schulpflege bereits im Jahr 2023 per Beschluss aufgegeben hatte.

Trotzdem verwendete die Schulpflege die Kosten dieses aufgegebenen Konzepts als eines der Hauptargumente für die Schliessung. Kosten für einen bereits verworfenen Umbau dürfen nicht unverändert als zwingend notwendige Investitionen für den Weiterbetrieb dargestellt werden. Damit wurde der Öffentlichkeit eine unzutreffende finanzielle Entscheidungsgrundlage vermittelt. Zudem schreibt die Schulpflege im Schliessungsprotokoll, dass die Aussenwachtenschulen nur unwesetntlich teurer sind als Dorfschulen.

Am Gespräch vom 4. November wurde uns mitgeteilt, dass die Schulpflege eine Wiedererwägung behandelt und abgelehnt hatte. Auf unsere ausdrückliche Nachfrage bestätigten die Behörden, den damaligen Entscheid samt seiner Begründung mitzutragen. Damit tragen sie auch die darin angeführte Kostenzahl weiterhin mit.

Allerspätestens heute ist den Behörden der dokumentierte Einwand bekannt. Die Kosten eines bereits aufgegebenen Konzepts können nicht unverändert als zwingend notwendige Investitionen für den Weiterbetrieb dargestellt werden. Diese Zahl war damit als Grundlage für den notwendigen Weiterbetrieb nicht mehr relevant. Wer die damalige Begründung bestätigt, muss sich diesem Widerspruch stellen und bestätigt mit dem Resultat des Wiedererwägungsgesuchs Unwahrheiten.

Seit eineinhalb Jahren stellen wir konkrete Fragen zu den finanziellen Grundlagen und den weiteren Schliessungsargumenten. Bis heute haben wir auf wesentliche Fragen keine konkreten Antworten erhalten. Damit wurde uns eine nachvollziehbare Erklärung verweigert.

Die Formulierung, der Austausch habe keine neuen Erkenntnisse gebracht, geht darüber hinweg, dass gerade diese Fragen ungeklärt geblieben sind.

Jetzt 17 Kinder. Damals wurden elf angekündigt.

Die nun genannten 17 betroffenen Kinder entsprechen endlich der tatsächlichen Zahl. Im Zeitungsartikel vom Januar 2025 im Zürcher Oberländer (https://www.zo-online.ch/politik/2025-01-16/darum-schliesst-hinwil-eine-schule-in-einer-aussenwacht) wurden für den Zeitpunkt der Schliessung lediglich elf Kinder angekündigt. Weiter vermissen wir die Pensen der Mitarbeiter - die Anzahl Mitarbeiter gibt ein verzerrtes Bild ab. Damit entstand beim Leser ein falsches Bild der absehbaren Belegung. Die IG verfügt über belegbare Jahrgangszahlen und hat wiederholt auf die nachrückenden Kinder hingewiesen.

Der Platz ist offen. Die Darstellung zur Entsorgung bleibt strittig.

Ohne vorgängige Information der Bevölkerung wurde der Schulhaus- und Spielplatz Unterbach im September gesperrt – der einige Spielplatz in der Aussenwacht. Damit fiel auch der geschützte Wartebereich für die Kinder weg. Sie mussten am Strassenrand auf den Schulbus warten – an einer Strasse, auf der 80 Stundenkilometer erlaubt sind.

Am Gespräch vom 4. November entschuldigten sich Gemeindepräsident und Schulpräsident für das Vorgehen bei der Sperrung und für die Kommunikation rund um die Räumung. Sie teilten uns mit, dass der Platz wieder offen ist. Die IG begrüsst diese Wiederöffnung ausdrücklich.

Zur Räumung schreiben die Behörden nun, funktionstüchtige Möbel würden weiterverwendet, defekte Gegenstände seien entsorgt worden. Personen aus dem Schulbetrieb, die das Mobiliar aus eigener Anschauung kannten, bestätigten uns unabhängig voneinander, dass die Tische und Bänke in einem sehr guten Zustand waren. Die entsorgten Tische waren nach ihren Angaben die neuesten im Schulhaus und noch neuwertig. Fotos dokumentieren ihren Zustand in der Mulde.



Nach unseren Informationen bestand zudem Interesse an einer Weiterverwendung. Von Florian Michel als Vorsteher des Liegenschaftenressorts und des Finanzressorts erwarten wir eine konkrete Erklärung, wer welche Schäden feststellte, die Entsorgung freigab und welche Verwendungsmöglichkeiten geprüft wurden. Falls brauchbares Mobiliar ohne Prüfung einer Weiterverwendung entsorgt wurde, ist das aus Sicht der IG Steuergeldverschwendung.

Der Umgang mit Gemeindeeigentum verlangt Aufmerksamkeit

Wenn brauchbare Schulmöbel entsorgt werden, stellt sich für uns auch eine grundsätzliche Frage: Wie sorgfältig prüft die Gemeinde ihre Ausgaben und den Umgang mit öffentlich finanziertem Eigentum? Wer einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern erwartet, darf auch fragen, ob vorhandene Werte erhalten und Möglichkeiten zur Weiterverwendung geprüft werden.

Wir ermutigen die Bevölkerung, sich an der Dezember-Gemeindeversammlung mit dem Budget auseinanderzusetzen, Ausgaben kritisch zu prüfen und bei unklaren Positionen nachzufragen. Ein nachvollziehbarer Umgang mit Gemeindefinanzen liegt im Interesse aller Hinwilerinnen und Hinwiler. Eine mögliche Rückweisung des Budgets sollte jeder Stimmbürger genauer anschauen.

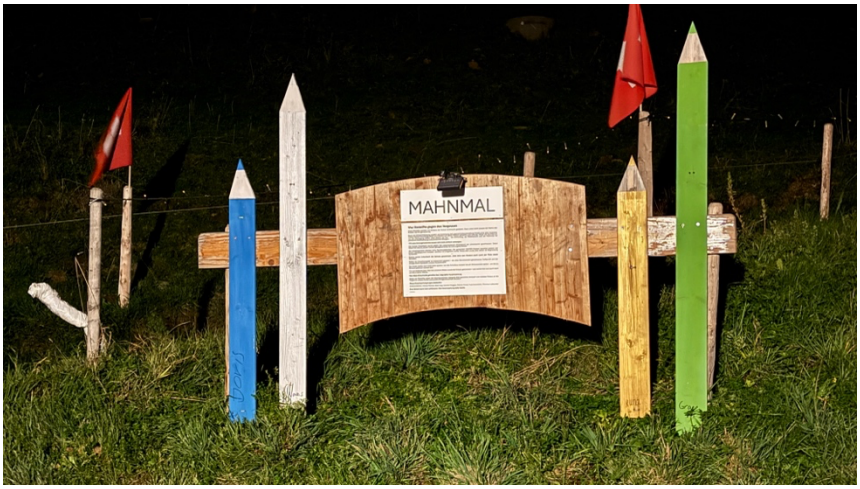
Die eigenen Bleistifte auf einem Haufen

Die Kinder hatten die farbigen Holzbleistifte selbst gestaltet und mit ihren Namen versehen. Sie gehörten zu ihrem Schulhaus und erinnerten an ihre gemeinsame Schulzeit. Bei der Räumung wurden sie abgenommen und lagen danach, wie die beigefügten beziehungsweise verfügbaren Fotos zeigen, auf einem Haufen neben dem Schulhaus.





Während sie auf den Schulbus warteten, sahen die Kinder dort ihre eigenen Arbeiten liegen. Für uns zeigt das, wie wenig bei der Räumung an die Bedeutung dieser Gegenstände für die Kinder gedacht wurde und wie respektlos und kaltherzig die Liegenschaften-verwaltung handelte.



Vier der Bleistifte konnten gerettet und gegenüber dem Schulhaus als **Mahnmal** aufgestellt werden.

In der Mulde nach der eigenen Schulzeit gesucht

Nach Schilderungen von Lehrpersonen wurde die bereits zu etwa zwei Dritteln gefüllte Mulde aus Unterbach anschliessend vor dem Schulhaus Wernetshausen abgestellt um sie noch ganz mit Abfall zu füllen. Dort besuchen inzwischen Kinder aus Unterbach den Unterricht. Lehrpersonen berichteten, dass Kinder aus Unterbach in beziehungsweise auf der Mulde standen, nach Gegenständen aus ihrer früheren Schule Unterbach suchten, eigene Sachen fanden und mit nach Hause nahmen.

Diese Schilderung beruht auf Berichten aus dem Schulbetrieb. Sie macht für uns deutlich, wie die Räumung bei den Kindern ankam. Sie hatten ihre Schule bereits verloren und suchten nun in einer Entsorgungsmulde nach Erinnerungen daran. Ein sorgfältiger Umgang hätte bedeutet, die Kinder und Familien vorab zu informieren und persönliche Arbeiten vor einer Entsorgung zugänglich zu machen.

Ein geschützter Warteplatz fiel weg

Der Schulhausplatz ist ein gesicherter Raum, in dem die Kinder auf ihren Schulbus warten können. Mit der unangekündigten Sperrung entzog ihnen die Liegenschaftenverwaltung zugleich diesen Schutz. Die Kinder mussten an den Strassenrand ausweichen, an eine Durchgangsstrasse mit erlaubten 80 Stundenkilometern. Aus Sicht der IG war es gedankenlos, den Platz zu sperren, ohne vorher eine geschützte Wartemöglichkeit sicherzustellen. Auch hier wieder verantwortlich die Liegenschaftenverwaltung unter der Führung von Gemeinderat Florian Michel.

Der Platz ist inzwischen wieder öffentlich zugänglich. Damit ist die damalige Situation behoben. Die Erfahrung bleibt jedoch ein wichtiger Hintergrund für unsere Bitte, die Auswirkungen künftiger Massnahmen auf die Kinder und Familien vorab zu prüfen und mit den Betroffenen zu besprechen.

Öffentlich antworten soll hinderlich sein – eine Drohung?

Der Gemeindepräsident bat uns an der Sitzung vom 4. November, deeskalierend auf die Bevölkerung der Aussenwacht Unterbach einzuwirken, falls die Mitteilung der Gemeinde auf Unmut stösst. Zugleich erklärte er nach unserer Erinnerung sinngemäss, die Mitglieder des Gemeinderats würden eine erneute öffentliche Kritik der IG nicht goutieren. Eine eigene Medienmitteilung sei für das weitere Vorgehen nicht hilfreich. Unser Vertreter sagte am Tisch, dass er dies als Drohung verstehe.

Die IG trägt Verantwortung gegenüber ihren Spendengebern, den Unterzeichnenden der Petition, der Bergbevölkerung, den Eltern und insbesondere den Kindern. Wir müssen diesen Menschen Auskunft geben können und unsere Haltung nachvollziehbar vertreten. Wir sollen die Bevölkerung beruhigen, erhalten vorher keinen Einblick in den Text und hören zugleich, unsere öffentliche Antwort könne das weitere Vorgehen erschweren. So entsteht aus unserer Sicht kein Vertrauen. Wir müssen begründete Einwände öffentlich vertreten können.

13 Vorschläge. Bis heute kein verbindlicher Gesprächstermin.

Bereits 2025 beauftragte uns die damalige Schulpflege, Ideen für die Zukunft des Schulhauses zu sammeln. Im Juli 2026 bat uns auch der Gemeinderat darum. Wir haben 13 Vorschläge ausgearbeitet.

Nun will der Gemeinderat zunächst intern beraten, ob er eine interne Arbeitsgruppe einsetzt. Erst danach soll entschieden werden, ob eine externe Arbeitsgruppe mit Mitgliedern der IG zustande kommt. Als ungefähren Zeitraum für die Behandlung unserer Vorschläge nannte der Gemeindepräsident das erste Quartal 2027. Einen konkreten Termin konnte er nicht nennen.

Gleichzeitig beantragt die Schulpflege bereits die Überführung der Liegenschaft vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen.

Wann werden die angeregten Vorschläge mit Unterbach besprochen, und welche Nutzungsmöglichkeiten sind dann noch offen?

Jetzt gemeinsam nach vorne.

Zuversichtlich machte uns, dass der neue Schulpräsident Felix Honegger erstmals konstruktive Gespräche mit uns suchte. Diesen Ansatz schätzen wir und möchten daran anknüpfen.

Am Gespräch vom 4. November hielten Gemeindepräsident und Schulpräsident fest, dass der Prozess der Schulschliessung schlecht gelaufen sei. Wir stimmten zu und räumten ein, dass auch auf unserer Seite manches besser hätte laufen können.
→ Das hätte die Grundlage einer gemeinsamen Erklärung sein können. Unterschiedliche Positionen lassen sich offen benennen. Ebenso kann man gemeinsam Verantwortung für einen besseren Umgang und eine rechtzeitige Information der Bevölkerung übernehmen.

Die Schule ist geschlossen. Unsere Einwände bleiben bestehen. Wir sind zugleich bereit, die bisherige Auseinandersetzung hinter uns zu lassen und unsere Kräfte auf die Zukunft Unterbachs zu richten. Dafür liegen 13 Vorschläge bereit.
Wir bitten den Gemeinderat, diesen Schritt mit uns zu gehen und an die Gesprächsbereitschaft des Schulpräsidenten anzuknüpfen. Jetzt braucht es auch von Gemeinderatsseite positive, vertrauensfördernde gemeinsame Schritte – einen verbindlichen Gesprächstermin, eine offene Prüfung der Vorschläge und eine Bevölkerung, die vor weiteren Entscheiden einbezogen wird.

IG Schule Unterbach

Kontakt für Medien

IG Schule Unterbach · 079 221 94 69

kontakt@hinwil.info · www.hinwil.info